

Vorbemerkung

Angesichts hoher Mobilität in Gesellschaft und Wirtschaft sind Straßen sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr derzeit der bedeutendste Verkehrsträger. Zudem beeinflussen internationale und insbesondere europäische Entwicklungen das moderne Straßenrecht, das durch zunehmende Verflechtungen mit anderen Verkehrssystemen sowie mit den modernen Informationsnetzen geprägt und beeinflusst wird. Hauptsächliches Ziel der vorliegenden Abhandlung zum Straßenrecht ist es deshalb, Grundlagen für die Planung, den Bau, die Finanzierung und den Betrieb von Straßen zu vermitteln und gleichzeitig über aktuelle Entwicklungen des Straßenrechts und verwandter Gebiete zu informieren. Die Ausführungen sind dabei nicht einzeln, sondern als ein durchgängiger, systematischer Prozess zu sehen, der die Planung, den Bau und die Nutzung des gesamten Straßennetzes sowie einzelner Straßenabschnitte zum Inhalt hat.

Den maßgeblichen Rahmen der Ausführungen bilden das Bundesfernstraßengesetz, aber auch die teilweise parallelen Ausführungen in den Straßengesetzen der Länder, denn die öffentlichen Straßen sind eingebunden in die Verkehrswegeetze des Bundes, der Länder sowie der Städte und Gemeinden. Eine besondere Beachtung erfahren dabei technische Auswirkungen auf das Straßenrecht, die in der Form eines leistungsfähigen und umweltverträglichen Bauwerks „Straße“ auf der einen sowie auf der anderen Seite in einem sicheren Verkehrsweg für alle Nutzer zum Ausdruck kommen. Gegenwärtig werden die mit der Straße verbundenen Aufgaben zwar noch vorwiegend von der öffentlichen Hand wahrgenommen, doch zwingen unübersehbare Grenzen einer ordnungsgemäßen Finanzierung aus rechtlichen, technischen und organisatorischen Gründen alle Straßenbaulastträger zu Veränderungen, die durch neue Modelle mit privaten Finanzierungen gekennzeichnet sind.

Die vorliegenden Ausführungen sollen eine Übersicht über das Straßenrecht liefern, Wirkungszusammenhänge mit anderen Rechtsgebieten im engeren sowie im weiteren Sinne aufzeigen und Hilfestellungen für die praktische Anwendung in Verwaltung und bei privaten Betreibergesellschaften geben. Bewusst wird auf die Darstellung schwieriger Rechtsfragen verzichtet, die Verfasser sind vielmehr bemüht, das Straßenrecht möglichst umfassend und systematisch darzustellen. Auch Studierende und andere Interessenten sollen damit die Gelegenheit erhalten, wichtige Gesichtspunkte über Planung und Nutzung von Straßen schnell und sicher zu erfahren. Die Darstellungen erheben keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit und sind selbstverständlich verbesserungsfähig. Ständige Anpassungen des Straßenrechts und seiner Auslegung durch Rechtssprechung und Verwaltung bleiben daher eine dauernde Aufgabe.

Abschließend möchten wir uns bei allen, die zum Gelingen des vorliegenden Werkes durch ihr Verständnis und Engagement beigetragen haben, insbesondere auch bei unseren Ehefrauen Cornelia und Sandra, bedanken.

Manfred Wiesinger

Sven Markuske

Übersicht

Straßenrecht

Grundlagen	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine Grundlagen 2. Die Straße als öffentliche Sache 3. Klassifizierung der öffentlichen Straßen 	<p style="text-align: center;">im engeren Sinn</p> <p>Bundesfernstraßengesetz (FStrG), Bundesstraßenvermögensgesetz (BStrVermG), Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG), Autobahnmautgesetz (ABMG), Mauthöhenverordnung (MautHV), Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (FStrPrivFinG)</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrG</p> <p>§ 1 Einteilung der Bundesstraßen des Fernverkehrs § 15 Nebenbetriebe an den Bundesautobahnen</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das ABMG</p> <p>§ 1 Autobahnmaut § 2 Mautschuldner § 3 Mautsätze</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrPrivFinG</p> <p>§ 1 Bau und Finanzierung durch Private</p> <hr/> <p style="text-align: center;">im weiteren Sinn</p> <p>Straßengesetze der Bundesländer, Straßenverkehrsrecht (StVO, StVZO), Eisenbahnrecht (AEG, EKrG), Baugesetzbuch (BauGB), Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Wasserhaushaltsgesetz (WHG) Bundeswasserstraßengesetz (BWStrG), BGB, Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), UVP- Gesetz, Raumordnungsgesetz (ROG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz (VerkPBG), Flurbereinigungsgesetz (FlurbG),</p>
Widmung, Eigentum, Baulast und Finanzierung	
<ol style="list-style-type: none"> 4. Widmung, Umstufung und Einziehung, Straßen- und Bestandsverzeichnisse 5. Eigentum an der Straße 6. Straßenbaulast 7. Die Finanzierung von Straßen 	<p style="text-align: center;">im engeren Sinn, unter Bezug auf das FStrG</p> <p>§ 2 Widmung, Umstufung, Einziehung § 3 Straßenbaulast § 5 Träger der Straßenbaulast § 5a Zuwendungen für fremde Träger der Straßenbaulast § 6 Eigentum und andere Rechte</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das ABMG</p> <p>§ 6 Einrichtung zur Erhebung der Maut § 11 Mautaufkommen</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrPrivFinG</p> <p>§ 1 Bau und Finanzierung durch Private § 2 Gebührenerhebung durch Private</p> <hr/> <p style="text-align: center;">im weiteren Sinn</p> <p>Haushaltsgrundsätzegezet (HGrG), Bundeshaushaltsordnung (BHO), Flurbereinigungsgesetz (FlurbG), Baugesetzbuch (BauGB), BGB, Straßengesetze der Länder, Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)</p>

Nutzung und Betrieb	
<p>8. Gemeingebrauch und Sondernutzungen</p> <p>9. Aufgaben aus der Straßenverkehrssicherheit, Straßenunterhaltung und Straßenbetrieb</p> <p>10. Anbau an Straßen, Schutzanlagen</p> <p>11. Kreuzungen von Straßen mit Straßen, Eisenbahnen und Gewässern</p>	<p style="text-align: center;">im engeren Sinn, unter Bezug auf das FStrG</p> <p>§ 4 Sicherheitsvorschriften § 7 Gemeingebrauch § 7a Vergütung von Mehrkosten § 8 Sondernutzungen § 8a Straßenanlieger § 9 Bauliche Anlagen an Bundesfernstraßen § 10 Schutzwaldungen § 11 Schutzmaßnahmen § 12 Kreuzungen und Einmündungen öffentlicher Straßen § 12a Kreuzungen mit Gewässern § 13 Unterhaltung der Straßenkreuzungen § 13a Unterhaltung der Kreuzungen mit Gewässern § 13b Ermächtigung zu Rechtsverordnungen § 14 Umleitungen</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das ABMG</p> <p>§ 6 Einrichtung zur Erhebung der Maut</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrPrivFinG</p> <p>§ 2 Mautgebührenerhebung durch Private § 3 Mautgebühren</p>
	<p style="text-align: center;">im weiteren Sinn</p> <p>Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Telekommunikationsgesetz (TKG), BGB, BauGB, Kreuzungsverordnung (FStrKrV), EKrG, WHG,</p>
Planung und Bau, Grunderwerb	
<p>12. Planung von Straßen</p> <p>13. Planfeststellung, Plangenehmigung</p> <p>14. Prüfung von Raum- und Umweltverträglichkeit</p> <p>15. Grunderwerb und Entschädigung</p>	<p style="text-align: center;">im engeren Sinn, unter Bezug auf das FStrG</p> <p>§ 9a Veränderungssperre, Vorverkaufsrecht § 16 Planungen § 16a Vorarbeiten § 17 Planfeststellung § 17a Anlagen der Verkehrsüberwachung, der Unfallhilfe und des Zolls § 18f vorzeitige Besitzeinweisung § 19 Enteignung § 19a Entschädigungsverfahren</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrPrivFinG</p> <p>§ 1 Bau und Finanzierung durch Private</p>
	<p style="text-align: center;">im weiteren Sinn</p> <p>UVPG, insbesondere §§ 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 UVPG, Raumordnungsgesetz (ROG), Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), VerkPBG und GenBeschlG, Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Bundesimmissionsschutzgesetz (BlmSchG),</p>

Optimierung und Transparenz, Organisation und Aufsicht	
<p>16. Planung, Bau und Betrieb durch Private</p> <p>17. Optimierung und Transparenz im Planungsprozess</p> <p>18. Organisation und Aufsicht der Straßenbauverwaltung</p>	<p style="text-align: center;">im engeren Sinn, unter Bezug auf das FStrG</p> <p>§ 20 Straßenaufsicht § 21 Verwaltung der Bundesstraßen in den Ortsdurchfahrten § 22 Zuständigkeit § 23 Ordnungswidrigkeiten § 24 Übergangs- und Schlussbestimmungen</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das ABMG</p> <p>§ 7 Kontrolle § 8 Nachträgliche Mauterhebung § 9 Datenlöschung, Geschäftsstatistik § 10 Bußgeldvorschriften § 12 Anwendungsvorschriften</p> <p style="text-align: center;">unter Bezug auf das FStrPrivFinG</p> <p>§ 1 Bau und Finanzierung durch Private § 2 Mautgebührenerhebung durch Private § 3a Rechtsverordnung über die Höhe der Maut § 4 Befreiungen</p>
	<p style="text-align: center;">im weiteren Sinn</p> <p>Bundeshaushaltsordnung (BHO), Mauthöhenverordnung (MautHV), VerkPBG und GenBeschlG, Planungsvereinfachungsgesetz (PIVereinfG), VwVfG, VOB, VOL</p>

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	5
Übersicht	6
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	22

Grundlagen

1. Allgemeine Grundlagen	26
1.1 Rechtsgrundlagen	27
1.1.1 Im weiteren Sinn	27
■ Die Straßengesetze der Bundesländer	28
■ Das Straßenverkehrsrecht	29
■ Das Eisenbahnrecht	30
■ Das Bauplanungs- und Bauordnungsrecht	31
■ Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)	31
■ Das Wasserrecht	32
■ Der Natur- und Landschaftsschutz	32
■ Das Umweltrecht und die Umweltverträglichkeitsprüfung	34
■ Das bürgerliche Recht	34
■ Das Raumordnungsrecht	35
■ Die Beschleunigung von Verfahren, Beschleunigungsgesetze	35
■ Das Verwaltungsrecht für die Verfahren	37
■ Die Vergabebestimmungen	37
1.1.2 Im engeren Sinn	38
■ Das Bundesfernstraßengesetz (FStrG)	38
■ Das Bundesstraßenvermögensgesetz (BStrVermG)	39
■ Das Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG)	39
■ Das Mautgesetz (ABMG)	40
■ Das Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (FStrPrivFinG)	41
■ Das Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetz (VIFGG)	42
1.1.3 Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	42
1.2 Verteilung der Verwaltungskompetenzen	44
1.2.1 Aufgabenzuweisung	44
1.2.2 Aufgabenwahrnehmung in Form der Auftragsverwaltung	45
1.2.3 Einwirkungsrechte des Bundes	46
1.2.4 Der Einfluss der europäischen Kompetenzen	50
■ Einwirkung bei der Konzeption europäischer Verkehrsverbindungen	51
■ Umsetzung der Verkehrsinfrastrukturgebühren	52
■ Annäherung von Genehmigungsverfahren (Planfeststellungsverfahren)	53
■ Umsetzung im materiellen Recht wie bei der Umweltverträglichkeitsprüfung ..	54
■ Umsetzung im Vertragswesen, Baukonzessionen	54
1.3 Aufgabenwahrnehmung durch Private	55
1.3.1 Privatisierung von Aufgaben	55
1.3.2 Privatisierungsformen	55
1.3.3 Privatisierung von Aufgaben bei Verkehrswegen	56
2. Die Straße als öffentliche Sache	57
2.1 Die öffentlichen Straßen	58

2.1.1	Die öffentliche Straße im Straßenrecht	58
2.1.2	Die öffentliche Straße im Straßenverkehrsrecht	59
2.1.3	Abgrenzung der Privatstraße	60
2.2	Die Straße und ihre Bestandteile	63
2.2.1	Straßenkörper	65
	■ Straßengrund	65
	■ Erdbau mit Straßenuntergrund und Unterbau	65
	■ Straßenoberbau	67
	■ Kunstbauten	68
	■ Entwässerungsanlagen	69
	■ Lärmschutzanlagen	71
	■ Fahrbahnen	71
	■ Anlagen für den ruhenden Verkehr	72
	■ Anlagen für den öffentlichen Nahverkehr	72
	■ Geh- und Radwege	72
2.2.2	Luftraum über der Straße	73
2.2.3	Zubehör der Straße	74
	■ Verkehrszeichen	74
	■ Weitere Verkehrseinrichtungen und Verkehrsanlagen	75
	■ Straßenbepflanzungen	78
2.2.4	Nebenanlagen	79
2.2.5	Nebenbetriebe an Bundesautobahnen	80
2.2.5.1	Allgemeines und Entwicklung	80
2.2.5.2	Zweck und Bestandteile der Nebenbetriebe	81
2.2.6	Einrichtungen zur Mauterhebung	82
3.	Klassifizierung der öffentlichen Straßen	84
3.1	Allgemeines und Klassifizierungsmerkmale	84
3.1.1	Einordnung des Straßennetzes	84
3.1.2	Einteilung der Straßen nach dem Straßenrecht	86
	■ Netzzusammenhang	88
	■ Verkehrsbedeutung	89
	■ Ausbauzustand	91
	■ Netzdichte	92
3.1.3	Einteilung der Straßen aus anderen Sichtweisen	93
	■ Einteilung aus Sicht der Planung	93
	■ Einteilung nach dem Straßenverkehrsrecht	95
	■ Einteilung nach dem Finanzierungszweck	96
3.2	Straßen des überörtlichen Verkehrs	96
3.2.1	Bundesfernstraßen	96
3.2.2	Landesstraßen, Landstraßen 1. Ordnung, Staatsstraßen	97
3.2.3	Kreisstraßen	97
3.2.4	Überörtliche Straßen in der geschlossenen Ortslage	98
	■ Begriff der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt	99
	■ Unterteilung der Ortsdurchfahrt	99
	■ Festsetzung der straßenrechtlichen Ortsdurchfahrt (OD)	100
3.3	Straßen des örtlichen Verkehrs	101
3.3.1	Gemeindeverbindungsstraßen	101
3.3.2	Ortsstraßen	102
3.3.3	Sonstige öffentliche Straßen	103
3.3.3.1	Öffentliche Feld- und Waldwege	103
3.3.3.2	Beschränkt-öffentliche Wege	104
3.3.3.3	Eigentümerwege, Wirtschaftswege	105

3.4 Zuordnung der Straßenklasse, Funktionszuordnung 106
 3.4.1 Ausfüllung maßgeblicher Begriffe des Straßenrechts 106
 3.4.2 Mögliche Methode der Einordnung in eine Straßenklasse 109
 3.5 Europäisches Verkehrsnetz, Europastraßen 111
 3.5.1 Allgemeines und Bedeutung 111
 3.5.2 Europastraßen 113

Widmung, Eigentum, Baulast und Finanzierung

4. Widmung, Umstufung und Einziehung, Straßen- und Bestandsverzeichnisse 116

4.1 Widmung 117
 4.1.1 Begriff, Voraussetzungen der Widmung 117
 ■ Technische Voraussetzungen der Widmung 118
 ■ Rechtliche Voraussetzungen der Widmung 119
 ■ Die Widmungsverfügung 121
 4.1.2 Beschränkungen der Widmung 123
 4.1.3 Rechtsfolgen der Widmung 125
 4.1.4 Widmungsverfahren 127
 ■ Zuständigkeit 128
 ■ Bekanntgabe der Allgemeinverfügung, Widmungsverfügung 130
 4.1.5 Widmung im Planfeststellungsverfahren 131
 ■ Die Fiktion der Widmung 132
 4.2 Umstufung 133
 4.2.1 Voraussetzungen der Umstufung 134
 ■ Allgemeine Gründe 134
 ■ Auf- und Abstufung von Bundesfernstraßen 135
 ■ Auf- und Abstufung anderer Straßen 135
 4.2.2 Umstufungsverfahren 138
 ■ Umstufungsverfahren nach dem FStrG 139
 ■ Ankündigung und Zeitpunkt der Umstufung, Bekanntmachung 140
 4.2.3 Rechtsfolgen der Umstufung 140
 4.2.4 Umstufung im Planfeststellungsverfahren, Umstufungsfiktion 142
 4.3 Die Einziehung 143
 4.3.1 Voraussetzungen der Einziehung 143
 4.3.2 Rechtsfolgen der Einziehung 144
 ■ Rechtsposition Dritter 145
 4.3.3 Das Einziehungsverfahren 146
 ■ Zuständigkeit 146
 ■ Bekanntgabe der Einziehungsverfügung 146
 4.4 Teileinziehung 147
 ■ Sonderproblem Fußgängerzone 148
 ■ Konkurrenz der Nutzungsregeln nach Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht 149
 4.5 Straßen- und Bestandsverzeichnisse 149
 4.5.1 Allgemeines über Straßen- und Bestandsverzeichnisse 149
 ■ Straßenverzeichnisse 150
 ■ Beispielsfall für die Erstellung und Fortführung des Bestandsverzeichnisses im Bundesland Bayern nach dem Bayerischen Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) 151
 ■ Anlegung und Fortführung der Bestandsverzeichnisse 152

	■ Verfahrens- und Formvorschriften	153
4.5.2	Nummerierung von Straßen	154
5.	Eigentum an der Straße	156
5.1	Vorbemerkung und Allgemeines	156
5.2	Eigentumsübergang kraft Gesetzes	157
5.2.1	Gesetzlicher Eigentumsübergang bei Bundesfernstraßen	157
5.2.2	Gesetzlicher Eigentumswechsel bei Landes- und gemeindlichen Straßen	158
5.3	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges	159
5.3.1	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges in Bezug auf dingliche Belastungen und Rechte	160
5.3.2	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges in Bezug auf schuldrechtliche Beziehungen	160
5.3.3	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges in Bezug auf Verbindlichkeiten	161
5.3.4	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges in Bezug auf Sondernutzungen	161
5.3.5	Umfang und Rechtswirkungen des Eigentumsüberganges in Bezug auf Entschädigungen	162
5.4	Grundbuchberichtigung	162
5.5	Anspruch auf Rückübereignung bei Einziehung der Straße	162
5.6	Rechtsgeschäftlicher Eigentumsübergang	163
5.7	Inhalt und Ausübung des Eigentums an gewidmeten Straßenflächen - Erwerbspflicht	164
5.7.1	Wirkung der Widmung auf das Eigentum	164
5.7.2	Ausübung der Rechte und Pflichten des Eigentümers	165
5.7.3	Erwerbspflicht des Trägers der Straßenbaulast	165
5.8	Eigentumsrechte bei privat finanzierten Vorhaben	166
5.8.1	Grundsätzliche Auswirkungen	166
5.8.2	Auswirkungen auf das Eigentumsrecht an Einrichtungen zur Erhebung von Maut und zur Kontrolle der Einhaltung der Mautpflicht	167
6.	Straßenbaulast	168
6.1	Inhalt und Schranken der Straßenbaulast	168
6.1.1	Begriff der Straßenbaulast	168
6.1.2	Umfang der Straßenbaulast	169
6.1.2.1	Aufgaben der Straßenbaulast im engeren Sinn	170
	■ Planung als Aufgabe der Straßenbaulast	170
	■ Bau und Unterhaltung der Straßen	170
	■ Die Ausstattung der Straße	173
6.1.2.2	Aufgaben der Straßenbaulast im weiteren Sinn	173
	■ Beteiligung an fremden Aufgaben	174
	■ Beschaffung von Grundstücken, Behandlung von Entschädigungs- und Ausgleichsansprüchen	174
6.1.3	Schranken der Straßenbaulast	175
	■ Das gewöhnliche Verkehrsbedürfnis	176
	■ Die Erfordernisse der Sicherheit und Ordnung	178
	■ Die Leistungsfähigkeit des Straßenbaulastträgers	179

	■ Abgrenzung der Straßenbaulast von anderen Aufgaben	180
6.1.4	Verpflichtung beim Wechsel der Straßenbaulast	181
6.2	Träger der Straßenbaulast	183
6.2.1	Straßenbaulastträger der Straßen des weiträumigen, durchgehenden und überörtlichen Verkehrs	183
	■ Straßenbaulastträger der Bundesfernstraßen	183
	■ Straßenbaulastträger der Landesstraßen	183
	■ Straßenbaulastträger der Kreisstraßen	184
6.2.2	Straßenbaulastträger der Ortsdurchfahrten	185
6.2.3	Straßenbaulastträger der Straßen des örtlichen Verkehrs	187
6.2.3.1	Straßenbaulastträger der Gemeindestraßen	187
6.2.3.2	Straßenbaulastträger sonstiger öffentlicher Straßen	188
6.2.4	Straßenbaulast Dritter, Sonderbaulast	190
6.3	Straßenbaulast bei privaten Betreibern	191
7.	Die Finanzierung von Straßen	194
7.1	Die öffentliche Finanzierung	194
7.1.1	Grundlagen der öffentlichen Finanzierung	194
7.1.2	Allgemeine Finanzausstattung der Straßenbaulastträger	196
7.2	Der Straßenbauhaushalt	197
7.2.1	Der Straßenbauhaushalt des Bundes	197
	■ Sächliche Verwaltungsausgaben	198
	■ Zuweisungen und Zuschüsse	198
	■ Ausgaben für Investitionen	198
	■ Ausgaben für Bau und Betrieb der Bundesfernstraßen	199
7.2.2	Straßenbaumittel von Ländern und Kommunen	201
7.2.3	Haushaltsvollzug für die Bundesfernstraßen	202
	■ Grundsätze für den Haushaltsvollzug	202
	■ Zuweisung der Mittel an die Länder	204
7.3	Mittel- und langfristige Finanzierungspläne für die Bundesfernstraßen	204
7.4	Zuwendungen für Straßenbaulastträger	206
7.4.1	Begriff und Grundsätze der Zuwendungen	206
	■ Arten und Voraussetzungen für Zuwendungen	206
	■ Zuwendungsfähige Maßnahmen	207
	■ Bemessung der Höhe der Zuwendung	208
	■ Zuwendungsantrag und Bewilligung	208
7.4.2	Zuwendungen des Bundes	209
	■ Zuwendungen nach § 5a FStrG	209
	■ Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ..	210
	■ Zuwendungen aus dem Finanzausgleich	211
	■ Zuwendungen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG)	211
7.4.3	Beiträge durch die Europäische Union	211
7.5	Privatfinanzierung	212
7.5.1	Grundlagen privater Finanzierung	213
	■ Rechtliche Grundlagen	213
	■ Ökonomische Zusammenhänge	214
7.5.2	Grundlegende Formen der privaten Finanzierung	215
	■ Formen der Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf Private	216
	■ Materielle Privatisierung	216
	■ Formelle Privatisierung	218

	■ Einordnung der Beleihung	218
	■ Public Private Partnership	219
7.5.2.1	Private Vorfinanzierungen	219
	■ Ziele privater Vorfinanzierungen	219
	■ Erfahrungen mit privaten Vorfinanzierungen	221
7.5.2.2	Betreibermodelle nach dem Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz	222
	■ Ziele des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes	223
	■ Erfahrungen	224
7.5.2.3	Finanzierung mit Hilfe des Mautgesetzes und einer Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft	225
	■ Ziele des Mautgesetzes	225
	■ Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft	226
7.5.2.4	Vergleich privater Finanzierungen	228

Nutzung und Betrieb

8.	Gemeingebrauch und Sondernutzung	230
8.1	Allgemeines	230
8.2	Gemeingebrauch	232
8.2.1	Begriff	233
	■ Gemeingebrauch für jedermann	233
	■ Rahmen der Widmung	233
	■ Benutzung vorwiegend zum Verkehr	234
	■ Verkehr im engeren Sinn	234
	■ Sonderproblem: Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht	236
	■ Verkehr im weiteren Sinn	236
8.2.2	Der Anliegergemeingebrauch	238
8.2.2.1	Begriff, Rechtsgrundlagen	238
8.2.2.2	Inhalt und Schranken des Anliegergemeingebrauchs	240
8.2.3	Beschränkung der Ausübung des Gemeingebrauchs	241
8.2.3.1	Beschränkungen nach Straßenrecht	241
8.2.3.2	Beschränkungen nach Straßenverkehrsrecht	241
	■ Umleitungen bei Beschränkung des Gemeingebrauchs	242
	■ Aufwendigerer Bau einer Straße wegen der Art des Gemeingebrauchs durch andere	243
8.3	Sondernutzungen	244
8.3.1	Allgemeines, Begriff und Arten	244
8.3.2	Sondernutzung nach öffentlichem Recht	245
8.3.2.1	Erlaubniserteilung	245
	■ Sondernutzung nach StVO	248
	■ Unbefugte Sondernutzung	249
	■ Zuständigkeit für die Erlaubniserteilung, Sondernutzungsgebühren	249
	■ Entbehrlichkeit der Erlaubnis	250
8.3.2.2	Zufahrten, Zugänge	251
	■ Technische Ausbildung von Zufahrten	252
	■ Erlaubniserteilung für Zufahrt	252
8.3.2.3	Sondernutzung an sonstigen öffentlichen Straßen	253
8.3.3	Sondernutzung nach bürgerlichem Recht	254
8.3.3.1	Begriff, Gemeingebrauchsverträglichkeit	254
8.3.3.2	Gestattungsvertrag	255
	■ Inhalt der Gestattungsverträge	255
	■ Besondere Gestattungsverträge	256
8.3.3.3	Nutzung öffentlicher Straßen nach dem Telekommunikationsgesetz	256

9.	Aufgaben aus der Straßenverkehrssicherheit	259
9.1	Straßenverkehrssicherheit	259
9.1.1	Begriff und Inhalt der Straßenverkehrssicherungspflicht	259
9.1.2	Umfang der Straßenverkehrssicherungspflicht	260
9.1.3	Träger der Straßenverkehrssicherungspflicht	263
9.2	Straßenreinigung und Beleuchtung; Betriebs- und Hilfsdienste, gemeindliche sicherheitsrechtliche Verpflichtungen	264
9.2.1	Straßenreinigung	264
9.2.2	Die gemeindlichen Pflichten, Inhalt und Umfang der ordnungsgemäßen Reinigung	265
9.2.3	Die Beleuchtung öffentlicher Straßen	267
9.2.4	Auswirkungen der Leistungsfähigkeit auf Reinigung, Streuen, Räumen und Beleuchtung öffentlicher Straßen	267
9.2.5	Abwälzung der Reinigungs-, Streu-, Räum- und Beleuchtungspflichten auf Anlieger	268
9.2.6	Abwälzung der Reinigungs-, Streu-, Räum- und Beleuchtungspflichten auf Dritte	269
9.3	Die Winterwartung im Besonderen	269
9.4	Beschilderung, Verkehrszeichen	270
9.5	Haftung bei Verletzung der Verkehrssicherungspflichten auf Straßen und Wegen	270
9.6	Folgerungen aus der Rechtsprechung	271
9.7	Straßenbetrieb	272
9.7.1	Kontrolle und Betriebsaufgaben	273
	■ Streckenkontrolle und die betriebliche Unterhaltung	274
	■ Kontrolle und betriebliche Unterhaltung von Bauwerken	275
	■ Kontrolle des Betriebs verkehrstechnischer Einrichtungen mit Verkehrsbeeinflussungsanlagen	277
9.7.2	Organisation und Durchführung des Winterdienstes	277
	■ Technische Durchführung des Winterdienstes	278
	■ Verpflichtung des Winterdienstes	281
9.7.3	Sicherung bei Bauarbeiten, Beschilderung, Verkehrszeichen	281
9.7.4	Organisation und Management im Straßenbetrieb und in der Straßenerhaltung	281
10.	Anbau an Straßen, Schutzanlagen	284
10.1	Gemeinsame Grundsätze zu den Anbaubestimmungen	284
10.1.1	Allgemeine Grundsätze	284
10.1.2	Auswirkungen baulicher Anlagen im Rahmen der Bauleitplanung	286
	■ Die Behandlung des Verkehrs in der Bauleitplanung	287
	■ Flächennutzungsplan	289
	■ Bebauungsplanung	290
10.1.3	Anwendung der Verbote und Beschränkungen	293
	■ Sachlich-gegenständlicher Anwendungsbereich	293
	■ Räumlicher Geltungsbereich	295
	■ Zeitliche Geltung	295
10.2	Anbauverbot und Anbaubeschränkung	296
10.2.1	Anbauverbotszonen	297

■	Anbauverbot an Bundesfernstraßen	297
■	Anbauverbot an Landes- und Kreisstraßen	297
■	Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Zuge der Bebauung	297
■	Bauvoranfrage im Rahmen von Bauvorhaben an Straßen	299
■	Die Veränderungssperre	300
10.2.2	Ausnahmen vom Anbauverbot	300
■	Ausnahmen bei Bundesfernstraßen	300
■	Ausnahmen bei Landes-, Staats- und Kreisstraßen	301
■	Ausnahmen bei Gemeindeverbindungsstraßen	302
10.2.3	Anbaubeschränkungszone(n)	303
■	Anbaubeschränkungen an Bundesfernstraßen	303
■	Anbaubeschränkungen an Landes- und Kreisstraßen	304
■	Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung	305
10.2.4	Freihalten von Sichtdreiecken und anderen Flächen	305
10.2.5	Außenwerbung an Straßen	308
10.3	Verfahren	309
10.4	Schutzmaßnahmen	311
10.4.1	Begriff und Arten der Schutzmaßnahmen	311
10.4.2	Verfahren einschließlich Entschädigung	311
10.4.3	Bepflanzungen und Schutzwaldungen	312
11.	Kreuzungen von Straßen mit Straßen, Eisenbahnen und Gewässern	314
11.1	Begriffe und Gegenstand des Kreuzungsrechts	314
■	Straßenkreuzungen	315
■	Kreuzungen mit anderen Verkehrswegen	317
11.2	Rechtgrundlagen, Geltungsbereich	318
■	Voraussetzungen des Kreuzungsrechts	318
■	Einordnung der Interessen der Kreuzungsbeteiligten nach Prinzipien	321
11.3	Kreuzungen und Einmündungen von Straßen	324
11.3.1	Grundlagen für die Durchführung von Kreuzungsmaßnahmen	324
■	Vereinbarungen über die Durchführung von Kreuzungsbaumaßnahmen	326
■	Entscheidung in der Planfeststellung	326
11.3.2	Bau neuer Straßenkreuzungen und Einmündungen	327
■	Entstehen neuer Kreuzungen und Einmündungen	327
■	Teilung der Kosten der neuen Kreuzung auf die einzelnen Baulastträger	328
■	Regelung der Unterhaltung	329
11.3.3	Änderungen und Ergänzungen bestehender Kreuzungen und Einmündungen	329
■	Grundlagen für Änderungen und Ergänzungen	329
■	Aufteilung der Kosten der kreuzungsbedingten Maßnahmen	331
■	Unterhaltung der Kreuzungsanlage	332
11.3.4	Kreuzungsrechtliche Kostenmasse	333
11.4	Kreuzungen von Straßen mit Eisenbahnen	335
11.4.1	Rechtsgrundlagen und Geltungsbereich	335
11.4.2	Neue Kreuzungen mit Eisenbahnen	336
11.4.3	Änderungen und Ergänzungen bestehender Kreuzungen	337
■	Regelung der Kostentragung	338
11.4.4	Zusammensetzung der Kostenmasse	339
11.5	Kreuzungen von Straßen mit Gewässern	340
11.5.1	Rechtsgrundlagen und Geltungsbereich	340

11.5.2	Neue Kreuzungen und Änderungen bestehender Kreuzungen von Straßen mit Gewässern	340
11.5.3	Unterhaltung von Kreuzungen von Straßen mit Gewässern	342

Planung und Bau, Grunderwerb

12.	Planung von Straßen	346
12.1	Planungsrahmen der öffentlichen Straßenplanung	346
12.1.1	Grundlagen	346
12.1.2	Planungsebenen	348
12.1.3	Verbindungen zur Raumplanung und anderen öffentlichen Planungen	349
12.1.4	Gestaltungsfreiheit in der Straßenplanung, Planungsermessen	351
12.2	Anforderungen an die Straßenplanung	351
12.2.1	Materielle Anforderungen	351
	■ Planungsleitsätze aus dem Grundgesetz	352
	■ Planungsleitsätze aus den Straßengesetzen	354
	■ Planungsleitsätze der Raumordnung	355
	■ Technische Regelwerke für die Straßenplanung	355
	■ Anforderungen und Leitsätze des Umweltschutzes	356
	■ Sonstige Leitsätze	356
12.2.2	Formelle Anforderungen	356
12.3	Planungsphasen	357
12.3.1	Übersicht über Planungsphasen	357
12.3.2	Phase Rahmenplanung	358
12.3.2.1	Bundesverkehrswegeplanung	358
12.3.2.2	Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen	360
	■ Aufstellung des Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen	360
	■ Bewertungsverfahren	363
12.3.2.3	Andere Rahmenpläne	363
12.3.3	Phase Raumordnungsverfahren, Abstimmung auf andere Weise	364
12.3.3.1	Rechtliche Grundlagen	365
12.3.3.2	Ablauf des Raumordnungsverfahrens	366
12.3.3.3	Wirkung des Raumordnungsverfahrens	368
	■ Rechtswirkung und Geltungsdauer	368
	■ Landesplanerische Abstimmung auf andere Weise	369
12.3.4	Phase Bestimmung der Linienführung (§ 16 FStrG)	369
12.3.4.1	Zweck und Erforderlichkeit	369
	■ Zweck der Linienbestimmung	369
	■ Erforderlichkeit der Linienbestimmung	370
12.3.4.2	Gegenstand und Ablauf der Linienbestimmung	371
	■ Verbindung zum Raumordnungsverfahren	372
12.3.4.3	Wirkung der Linienbestimmung	373
12.3.5	Phase Vorentwurf	374
	■ Zweck und Inhalt des Vorentwurfs	374
	■ Veranschlagung eines Vorhabens im Haushaltsplan	375
13.	Planfeststellung, Plangenehmigung	377
13.1	Grundlagen	377
13.1.1	Bedeutung von Planfeststellung und Plangenehmigung	377
13.1.2	Ziel und Zweck von Planfeststellung und Plangenehmigung	378
13.2	Gegenstand der Planfeststellung	380
	■ Straßenanlage	380

	■ Folgemaßnahmen	380
	■ Schutzmaßnahmen	381
13.3	Umfang der Planfeststellung	382
13.3.1	Räumlicher Umfang	382
	■ Abschnittsbildung	382
	■ Fehler bei der Abschnittsbildung	383
13.3.2	Zeitlicher Umfang	384
13.4	Notwendigkeit der Planfeststellung	384
	■ Bundesfernstraßen	384
	■ Straßen nach den Straßengesetzen der Länder	385
	■ Straßen als Folgemaßnahmen anderer Vorhaben und Zusammentreffen von Planfeststellungen	387
13.5	Ablauf des Planfeststellungsverfahrens	388
13.5.1	Anhörungsverfahren	389
13.5.1.1	Antrag und Planeinreichung	390
13.5.1.2	Einholung der Stellungnahmen	392
13.5.1.3	Auslegung der Pläne	394
	■ Veranlassung und Ort der Auslegung der Pläne	394
	■ Umfang der Auslegung	394
13.5.1.4	Einwendungen	395
	■ Grundlage einer Einwendung	395
	■ Betroffenheit	395
	■ Formelle und materielle Präklusion	396
13.5.1.5	Vereinfachtes Planfeststellungsverfahren	397
13.5.1.6	Erörterungstermin	398
	■ Zweck, Inhalt und Zeitpunkt des Erörterungstermins	398
	■ Beteiligte am Erörterungstermin	399
13.5.2	Der Planfeststellungsbeschluss	400
13.5.2.1	Inhalt und materielle Anforderungen	400
13.5.2.2	Bindungen der Planfeststellungsbehörde	401
	■ Interne Bindungen	401
	■ Planrechtfertigung	401
	■ Gesetzliche Planungsleitsätze, Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit	402
13.5.2.3	Abwägungsgebot des Planungsrechts	403
	■ Grundsatz des Abwägungsgebots	404
	■ Zusammenstellung des Abwägungsmaterials	405
	■ Abwägungsvorgang mit Ausgleich der Belange	407
	■ Abwägungsergebnis und Problembewältigung	408
	■ Mögliche Abwägungsfehler	410
13.6	Plangenehmigung	411
13.6.1	Voraussetzung einer Plangenehmigung	411
13.6.2	Vorteil der Plangenehmigung	413
13.7	Rechtswirkungen der Planfeststellung	413
	■ Rechtsmittel	417
	■ Einstellung des Verfahrens	418
14.	Prüfung von Raum- und Umweltverträglichkeit	420
14.1.	Grundlagen	421
14.1.1	Rechtliche und fachliche Vorgaben	421
	■ Einige rechtliche Grundlagen	421

	■ Fachliche Ziele und Grundsätze	422
	■ Das Verkehrsimmissionsschutzrecht	424
14.1.2	Methoden, Instrumente und Prinzipien der Umweltverträglichkeitsprüfung	425
14.2.	Durchführung und Ablauf der Umweltverträglichkeitsprüfung	427
14.2.1	Inhalt und Wirkfaktoren	427
14.2.2	Unterrichtung mit Festlegung des Untersuchungsrahmens	428
14.2.3	Unterlagen	429
14.2.4	Beteiligung, Einbeziehen der Öffentlichkeit	430
14.2.5	Zusammenfassende Darstellung	430
14.2.6	Bewertung und Berücksichtigung	431
14.3	Umweltverträglichkeitsprüfung in Planung und Planfeststellung	433
14.3.1	Verbindung zu den Planungsphasen	433
14.3.2	Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung in der Bedarfsplanung	435
14.3.3	Umweltverträglichkeitsprüfung in den planerischen Vorbereitungsverfahren	435
	■ Umweltverträglichkeitsprüfung in Raumordnung und Linienbestimmung ...	435
	■ Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen des Vorentwurfs	438
14.3.4	Umweltverträglichkeitsprüfung in der Planfeststellung	439
14.3.4.1	Die landschaftspflegerische Begleitplanung auf der Ebene der Planfeststellung .	439
14.3.4.2	Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen für Lärmimmissionen	440
	■ Grundsätze für Lärmschutzmaßnahmen	440
	■ Schutzvorkehrungen für den Lärmschutz	441
	■ Entschädigungsleistungen	444
14.3.4.3	Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen für andere Immissionen	445
15.	Grunderwerb und Entschädigung	448
15.1	Grundlagen	448
15.2.	Freihändiger Erwerb	449
15.3	Entschädigung	450
15.3.1	Grundsätze der Bemessung der Entschädigung	450
15.3.2	Bemessung der Entschädigung für Flächen und Objekte	450
15.3.3	Ersatz für Folgeschäden	451
15.3.4	Entschädigungsfestsetzungsverfahren im Rahmen des Grunderwerbs	451
15.4	Grunderwerb durch Enteignung	452
15.4.1	Grundlagen und Voraussetzungen der Enteignung	452
15.4.2	Ausgleichsansprüche bei Immissionen	453
15.4.3	Das Enteignungsverfahren	454
15.4.3.1	Das Enteignungsverfahren nach dem BauGB	454
15.4.3.2	Das Enteignungsverfahren nach § 19 FStrG und den Landestraßengesetzen ...	455
15.4.4	Entschädigung bei der Enteignung	457
15.4.4.1	Entschädigung nach §§ 85 ff BauGB	457
15.4.4.2	Entschädigung nach sonstigen Vorschriften	458
15.5	Besitzeinweisung	458
15.5.1	Grundlagen	458
15.5.2	Erfordernis und Antrag	459
15.5.2.1	Betroffene im Besitzeinweisungsverfahren	459
15.5.2.2	Entschädigung im Besitzeinweisungsverfahren	459
15.5.3	Anwendung bei privaten Betreibern	460
15.5.4	Besitzübergang	460
15.5.5	Besitzeinweisungsverfahren	461

15.6	Grunderwerb im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren	461
15.6.1	Allgemeines	461
15.6.2	Flurbereinigungsverfahren	462
15.6.2.1	Verfahren im allgemeinen Flurbereinigungsverfahren	462
15.6.2.2	Verfahren des Unternehmensflurbereinigungsverfahrens	462
15.6.3	Vorzeitiger Besitzübergang	463

Optimierung und Transparenz, Organisation und Aufsicht

16.	Planung, Bau und Betrieb durch Private	464
16.1	Voraussetzungen für die Übernahme von Aufgaben in den Projektphasen	465
16.1.1	Refinanzierung über Entgeltsysteme	466
	■ Zusammensetzung der Kosten und Probleme der Refinanzierung	467
	■ Erhöhung der Effizienz	469
16.1.2	Aufgabenübernahme bei Planung, Bau und Betrieb	470
16.1.2.1	Vorbereitung und Planung	470
16.1.2.2	Bauphase	472
16.1.2.3	Betriebsphase des Vorhabens	472
16.2	Inhalt und Gestaltung der Verträge	474
16.2.1	Umsetzung nach dem FStrPrivFinG	474
	■ Konventionelle Planung und Ideenwettbewerb	474
	■ Durchführung von Machbarkeitsuntersuchungen	476
16.2.2	Grundlage für Baukonzessionen durch öffentliche Auftraggeber	478
16.2.3	Erteilung von Konzessionen am Beispiel des Baus und des Betriebs von Nebenbetrieben an Bundesautobahnen	480
16.3	Risikomanagement	481
16.3.1	Risikobegriff	481
16.3.2	Risikoarten	481
	■ Politische und finanzielle Risiken	483
	■ Konstruktive und technische Risiken bei Bau und Betrieb	484
	■ Chancen und Kompensationsmaßnahmen	485
17.	Optimierung und Transparenz im Planungsprozess	486
17.1	Gesetzliche Vorgaben und Instrumente im Rahmen der Planungsvereinfachung	488
17.1.1	Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben	491
17.1.2	Einzelne Regelungen und ihre Wirkungen	491
	■ Zügigkeit, Beratung, Stellungnahmen und Antragskonferenz	492
	■ Erleichterungen innerhalb der Verfahren	494
	■ Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	494
	■ Anwendung der Plangenehmigung	495
	■ Verbesserungen bei Planfeststellungsverfahren	495
17.2	Instrumentarien des Prozessmanagements	496
17.2.1	Grundlagen, Konzept und Ziel	497
17.2.2	Einführung und Nutzen	498
17.2.3	Anwendung und Umsetzung	498
17.3	Methoden und Instrumentarien des Konfliktmanagements	501
17.3.1	Grundlagen und rechtliche Einordnung	502
17.3.2	Ziel und Methode	502
17.3.2.1	Voraussetzungen des Konfliktmanagements	503
17.3.2.2	Konfliktmanagement in Teilbereichen	504

17.3.2.3	Anwendung und Erfahrung	504
17.3.3	Phasen des Konfliktmanagements	505
17.3.3.1	Die Vorbereitungs- und Vorverhandlungsphase	505
17.3.3.2	Die Verhandlungsphase	506
17.3.3.3	Die Umsetzungsphase	507
18.	Organisation und Aufsicht der Straßenbauverwaltung	509
18.1	Aufgaben und Organisation der Straßenbauverwaltung	509
18.1.1	Aufgaben der Straßenbauverwaltung	509
18.1.2	Organisation der Straßenbauverwaltung	510
	■ Zuständigkeit und Einwirkung des Bundes	510
	■ Bundeseigene Verwaltung der Bundesfernstraßen	511
	■ Zuständige Selbstverwaltungskörperschaften nach Landesrecht	512
18.2	Straßenaufsicht	514
18.2.1	Begriff und Gegenstand der Straßenaufsicht	514
	■ Die rechtsaufsichtliche Straßenaufsicht	515
	■ Die fachaufsichtliche Straßenaufsicht	517
18.2.2	Mittel der Straßenaufsicht	517
18.2.3	Behördenzuständigkeit und Ausgestaltung der Straßenaufsicht	519
Glossar	521
Literaturhinweise	537
Stichwortverzeichnis	543

Abkürzungsverzeichnis

AbfG	Gesetz über die Beseitigung von Abfällen
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABMG	Autobahnmautgesetz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	Aktiengesellschaft
AGBGB	Bayerisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
AKS	Anweisung zur Kostenberechnung für Straßenbaumaßnahmen
Anm.	Anmerkung
ARS BMV	Allgemeines Rundschreiben des Bundesministeriums für Verkehr
AVVFStr.	Allgemeine Verwaltungsvorschrift für die Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BAnz	Bundesanzeiger
BAST	Bundesanstalt für das Straßenwesen
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz
BayEG	Bayerisches Enteignungsgesetz
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BbgStrG	Brandenburgisches Straßengesetz
Bek	Bekanntmachung
BerlStrG	Berliner Straßengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
16. BImSchV	sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV)
BKR	Baukoordinierungsrichtlinie
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bauen und Wohnen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BremStrG	Bremisches Landesstraßengesetz
BSchIG	Beschleunigungsgesetze
BStrVermG	Gesetz über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BVWP	Bundesverkehrswegeplan
BWStrG	Bundeswasserstraßengesetz
bzw.	beziehungsweise
DEGES	Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
d. h.	das heißt
DKR	Dienstleistungs koordinierungsrichtlinie
DTV	Durchschnittlicher täglicher Verkehr
DVBl.	Zeitschrift „Deutsches Verwaltungsblatt“
ECE	Wirtschaftskommission für Europa
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EIB	Europäische Investitionsbank

EIF	Europäischer Investitionsfonds
EKrG	Gesetz über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen (Eisenbahnkreuzungsgesetz)
1. EKrV	1. Eisenbahnkreuzungsverordnung
EMT	Europäische Verkehrsministerkonferenz
ENeuOG	Eisenbahnneuordnungsgesetz
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH Slg	Europäischer Gerichtshof, Sammlung
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAG	Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemein- deverbänden (Finanzausgleichsgesetz)
FAnpG	Finanzierungsanpassungsgesetz
FFH-Richtlinie	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
FGSV	Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen e.V.
FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
4. FStrAbÄndG	viertes Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes
FStrÄndG	Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes
FStrAbG	Gesetz über den Ausbau der Bundesfernstraßen
FStrKrV	Verordnung über Kreuzungsanlagen im Zuge von Bundesfernstraßen
FStrPrivÄndG	Gesetzes zur Änderung des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes und straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften
FStrPrivG	Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz
G	Gesetz
GBO	Grundbuchordnung
gem.	gemäß
GemBek	Gemeinsame Bekanntmachung
GenBeschlG	Genehmigungsverfahrenbeschleunigungsgesetz
GfN	Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GS	Gemeindestraße
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GVS	Gemeindeverbindungsstraße
GWB	Gesetz gegen die Wettbewerbsbeschränkungen
HambWG	Hamburgisches Wegegesetz
HessStrG	Hessisches Straßengesetz
HessEG	Hessisches Enteignungsgesetz
HNL-Stb	Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege beim Bundesfernstraßenbau
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
IVU-Richtlinie	Richtlinie des Rates über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
KAG	Kommunalabgabengesetz
KPA	Knotenpunktbeeinflussungsanlagen
KS	Kreisstraße
L	Landesstraße
LAN	Lokale Netzwerke
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LFA	Länderfachausschuss Straßenrecht
LKR	Lieferkoordinierungsrichtlinie
LKS	Leiterkonferenz Straßenbau der Länder
LStrGRP	Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz

LuftVG	Luftverkehrsgesetz
MUVS	Merkblatt zur Umweltverträglichkeitsstudie in der Straßenplanung
NBA	Netzbeeinflussungsanlagen
NJW	Zeitschrift „Neue Juristische Wochenschrift“
NKU	Nutzen-Kosten-Untersuchungen
Nr.	Nummer
NStrG	Niedersächsisches Straßengesetz
NVwZ	Zeitschrift „Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht“
OD	Ortsdurchfahrt
ODR	Ortsdurchfahrtsrichtlinien
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Plafer	Planfeststellungsrichtlinien
PIVereinfG	Gesetz zur Vereinfachung der Planungsverfahren für Verkehrswege
RAAM	Richtlinien für die Anlage von Autobahnmeistereien
RABT	Richtlinien für die Ausstattung und den Betrieb von Straßentunneln
RAS	Richtlinien für die Anlage von Straßen
RAS-Ew	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Entwässerung
RAS-K	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Knotenpunkte
RAS-L	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Linienführung
RAS-LG	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftsgestaltung
RAS-LP	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Landschaftspflegerische Ausführung
RASM	Richtlinien für die Anlage von Straßenmeistereien
RAS-N	Leitfaden für die funktionale Gliederung des Straßennetzes
RAS-Q	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Querschnitte
RAS-Verm	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Vermessung
RAS-W	Richtlinien für die Anlage von Straßen, Teil: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen
RAT	Richtlinien für die Anlage von Tankstellen
RBAP	Richtlinien für die Betriebsplanung an Bundesautobahnen
RDS	Radio Daten Systems
RE	Richtlinien für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau
R-FGÜ	Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen
RI-EBW-PRÜF	Richtlinie zur einheitlichen Erfassung, Bewertung, Aufzeichnung und Auswertung von Ergebnissen der Bauwerksprüfungen nach DIN 1076
RILSA	Richtlinien für Lichtsignalanlagen
RIN	Richtlinien für die integrierte Netzgestaltung
RiStWag	Richtlinien für bautechnische Maßnahmen in Wassergewinnungsgebieten
RLS	Richtlinien für Lärmschutz an Straßen
RMS	Richtlinien für die Markierung von Straßen
RN-BAB	Richtlinien für den Bau und Betrieb von Nebenbetrieben an Bundesautobahnen sowie für die Erteilung einer Konzession
Rn, Rdnr	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz
ROV	Raumordnungsverordnung
RSA	Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen
RStO	Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen
RStO-E	Richtlinie für die Standardisierung des Oberbaus bei der Erneuerung von Verkehrsflächen
RWBA	Richtlinien für wegweisende Beschilderung auf Bundesautobahnen
S.	Seite
SaarlStrG	Saarländisches Straßengesetz
SächsStrG	Straßengesetz für den Freistaat Sachsen
SBA	Streckenbeeinflussungsanlagen
SKR	Sektorenrichtlinie

St	Staatsstraße
StGB	Strafgesetzbuch
StraKR	Straßenkreuzungsrichtlinien
StraWaKR	Richtlinien über die Rechtsverhältnisse an Kreuzungen zwischen Bundesfernstraßen und Gewässern
StrGBW	Straßengesetz für Baden- Württemberg
StrGLSA	Straßengesetz für das Land Sachsen -Anhalt
StrWG-MV	Straßen- und Wegegesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern
StrWGNW	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
StrWGS	Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
SUB	Strategische Umweltbewertung
SWIS	Straßenzustands- und Wetter-Informationssystem
TEN	Transeuropäisches Verkehrsnetz
TEN-V	Leitlinien für den Aufbau eines europäischen Verkehrsnetzes
ThürStrG	Thüringer Straßengesetz
TKG	Telekommunikationsgesetz
TINA	Transport-Infrastructure Needs Assessment
TMC	Traffic Message Channel
UI	Unterhaltung und Instandsetzung
URE	Umweltrisikoeinschätzung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-RL	Richtlinie des Rates über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UVS	Umweltverträglichkeitsstudie
UVU	Umweltverträglichkeitsuntersuchung
V	Verordnung
VDE-Projekt	Verkehrsprojekt Deutsche Einheit
VerkPBG	Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz, Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im Land Berlin
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VgRÄG	Vergaberechtsänderungsgesetz
VgV	Vergabeverordnung
VIFGG	Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaftsgesetz
VkBl	Amtsblatt des Bundesministeriums für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland- Verkehrsblatt
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
Vollz.VEKRG	Verordnung zum Vollzug des Gesetzes über Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen
VSP	Verkehrssicherungspflicht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
6. VwGOÄndG	Sechste Gesetz zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwV- StVO	Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung
WAN	Wide Area Network
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WSM	Wiesinger Seitz Markuske - Überwachungsmodell
WVZ	Wechselverkehrszeichen
z. B.	zum Beispiel
ZVB	Zusätzliche Vertragsbedingungen
ZPO	Zivilprozessordnung